

## Stadt gemeinwohlorientiert entwickeln

1. Das *Netzwerk Stadt für Alle* tritt dafür ein, dass das große städtische Gelände zwischen dem Rathaus und dem Appolonia-Pfaus-Park (aktueller Standort von BVZ, Turnhalle, Musikschule, Gesundheitsamt) nicht privatisiert wird, sondern als Gemeingut in städtischem Eigentum erhalten bleibt.

**Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es zu keiner Privatisierung der städtischen Grundstücke am Appolonia-Pfaus-Park kommt?**

JA     NEIN     KEINE MEINUNG

Begründung:

2. Das *Netzwerk Stadt für Alle* tritt dafür ein, dass die Musikschule und das Gesundheitsamt als Gebäude erhalten bleiben. Ein Abriss wäre ökologisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Gebäude können für eine gemischte Nutzung umgebaut werden: So könnte z.B. das Gebäude-Ensemble aus Musikschule und Gesundheitsamt zu einem Campus für soziales Wohnen, Kleingewerbe, Kultur und öffentliche Einrichtungen umgebaut werden – mit einem Gemeinschaftsgarten mitten im Zentrum der Stadt.

**Werden Sie sich für den Erhalt und für die Umnutzung der Gebäude Musikschule und Gesundheitsamt einsetzen?**

JA     NEIN     KEINE MEINUNG

Begründung:

3. Das *Netzwerk Stadt für Alle* fordert, dass das Gelände am Appolonia-Pfaus-Park auch zukünftig gemeinwohlorientiert und nicht renditeorientiert genutzt wird. Für möglichst günstige Mieten sollte dort Wohnungsbau ohne Profitinteresse entstehen. Die Stadt kann entweder selbst gemeinnützig (um)bauen, oder Grundstücke nach dem Erbbaurecht an gemeinwohlorientierte Träger vergeben, z.B. an Genossenschaften oder Wohnungsbauvereine.

**Werden Sie sich für eine solche gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung des Geländes am Appolonia-Pfaus-Park einsetzen?**

JA     NEIN     KEINE MEINUNG

Begründung:

4. Die Stadt Bochum und ihre Tochterunternehmen sind mit fast 80 Prozent die größten Anteilseigner der Wohnungsbaugesellschaft VBW. Das *Netzwerk Stadt für Alle* fordert,

die bestehende Gestaltungsmehrheit in allen VBW-Gremien dazu zu nutzen, das mehrheitlich kommunale Unternehmen auf gemeinwohlorientierte Ziele zu verpflichten: Aufgabe der VBW soll nicht sein, möglichst hohe Rendite zu erwirtschaften, sondern möglichst günstige Mietwohnungen zur Verfügung zu stellen und eine weitreichende Mieter\*innenmitbestimmung zu ermöglichen.

**Wollen Sie die kommende Wahlperiode dazu nutzen, die VBW zu einem gemeinwohlorientierten Unternehmen umzubauen?**

JA     NEIN     KEINE MEINUNG

Begründung:

*Die VBW ist heute keineswegs auf Renditemaximierung ausgerichtet! Wäre es so, würde sie ausschließlich im frei finanzierten Segment und in Eigentumsimmobilien investieren. Der Anteil der Sozialwohnungen liegt bei ca. 40%. Auch ausschließlich kommunale Unternehmen wie etwa in Gelsenkirchen oder Düsseldorf haben in ihren Satzungen die angemessene Verzinsung des Eigenkapitals verankert. Die VBW trägt soziale Verantwortung in dieser Stadt. Dass sie die Wohnungsversorgung für breite Schichten ernst nimmt, dokumentiert der Neubau des Theodor-Fliedner-Hauses (Schlafstelle für Obdachlose) am Stadion. Mit der VBW Stiftung unterstützt sie Nachbarschaftsinitiativen im Quartier, wie an der Sonnenleite, in der Hustadt oder den Stadtteilläden in Grumme. Natürlich wünschen auch wir uns die VBW als ein rein kommunales, gemeinwohlorientiert wirtschaftendes Wohnungsbauunternehmen in Bochum. Doch aktuell haben wir in der VBW auch noch Anteilseigner, die dem entgegenstehen.*

5. Das Netzwerk Stadt für Alle kritisiert insbesondere, dass die aktuelle Ratsmehrheit die VBW dazu verpflichtet hat, Rendite von zuletzt 3 Millionen Euro pro Jahr an die Anteilseigner auszuschütten. Alleine durch den Verzicht auf diese Rendite könnte die Miete jeder frei finanzierten VBW-Wohnung durchschnittlich um rund 400 Euro pro Jahr niedriger ausfallen. So könnte der Rat einen deutlichen Beitrag zur Stabilisierung oder gar Senkung des Mietpreisniveaus in Bochum leisten.

**Wollen Sie in der kommenden Wahlperiode dafür sorgen, dass der Rat der Stadt Bochum nicht noch einmal von der VBW die Abführung von Millionenrenditen an den städtischen Haushalt verlangt?**

JA     NEIN     KEINE MEINUNG

Begründung:

*Wir fordern, dass die VBW die Erhöhungsmöglichkeiten der Miete nicht maximal bis zur ortsübliche Vergleichsmiete nach § 558 Abs. 1 BGB bzw. bis zu den gesetzlich vorgeschriebenen Kappungsgrenzen nach § 558 Abs. 3 BGB ausreizt, sondern eigene Kriterien für die Mieterhöhung festlegt, die unter den gesetzlichen Vorgaben liegen. Die gesetzlichen Kappungsgrenzen erlauben eine maximale Mieterhöhung von 20% innerhalb von drei Jahren. Genossenschaften erhöhen beispielsweise die Miete maximal um 20 Euro/Monat, setzen die Kappungsgrenze auf 10% fest oder erhöhen erst, wenn die Miete seit 18 Monaten (gesetzliche Vorgabe: 15 Monate) unverändert ist. Auch für die*

*modernisierungsbedingten Mietanpassungen nach § 559 BGB sollen entsprechende Kriterien entwickelt werden.*

6. Das Netzwerk Stadt für Alle setzt sich für einen Privatisierungs-Stopp in Bezug auf kommunalen Grund und Boden ein. Statt weitere städtische Grundstücke zu verkaufen, sollen sie nach dem Erbbaurecht mit vertraglich vereinbarten langfristigen Mietpreisbindungen vergeben werden.

**Wollen sie in der kommenden Wahlperiode einen solchen Grundsatzbeschluss im Rat erwirken?**

JA     NEIN     KEINE MEINUNG

Begründung:

*Wir finden es sinnvoll größere Flächen oder Flächenpakete nach Erbbaurecht zu vergeben. Zukünftig sollte dabei auch eine Einstiegsrente festgelegt werden. Eine ausschließliche Vergabe aller Flächen nach Erbbaurecht halten wir für nicht praktikabel. Der Administrationsaufwand für kleinere Flächen steht zum erzielten Nutzen oft in keinem Verhältnis. In diesem Sinne würden wir uns für einen Grundsatzbeschluss einsetzen, der den bereits in Ansätzen erkennbaren neuen Kurs der Stadtverwaltung verstetigt.*

## Demokratie und Mitbestimmung

7. Das Netzwerk Stadt für Alle hat die mangelhaften Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bochumer Bevölkerung bei der Aufstellung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) Innenstadt kritisiert. Hintergrund ist, dass sogar das Bundesinnenministerium in seiner ISEK-Arbeitshilfe für Kommunen klargestellt hat: „Der Grad der Mitbestimmung kann von der gemeinsamen Entwicklung von Vorschlägen bis hin zu weitreichenden Entscheidungsrechten der Betroffenen reichen.“ Die Stadt Bochum ermöglichte nur das Minimum: Die Beteiligungsformate beschränkten sich im Wesentlichen darauf, Vorschläge einzureichen.

**Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt Bochum zukünftig Modelle der tatsächlichen Mitbestimmung an Planungs- und Entscheidungsprozessen institutionell verankert, wie sie bereits in anderen Kommunen erfolgreich erprobt worden sind?**

JA     NEIN     KEINE MEINUNG

Begründung: Wir stehen der Schaffung von Mitbestimmungsmöglichkeiten aufgeschlossen gegenüber. Die Einrichtung eines ständigen Bürger\*innenforums, wie es das Netzwerk für bürgernahe Stadtentwicklung angeregt hat, unterstützen wir. Dieses Forum sollte im Dialog mit den gewählten Repräsentant\*innen die konkreten vorhabenbezogenen Beteiligungsformate festlegen.

8. Das *Netzwerk Stadt für Alle fordert* für die Umgestaltung der Innenstadt einen offenen partizipativen Aushandlungsprozess, der über die üblichen Formate wie Bürgeranhörungen weit hinausgeht. Konkret fordert das Netzwerk, dass dem geplanten Qualifizierungsverfahren und der Rahmenplanung „Am Appolonia-Pfaus-Park und Umfeld Rathaus“ ein Mitbestimmungsprozess vorangestellt wird, in dem die von der Planung betroffenen Anwohner\*innen und interessierte Nutzer\*innen der Innenstadt gemeinsam ein Anforderungs- und Bedürfnisprofil für die zukünftige Nutzung des Geländes entwickeln. Dieser Prozess sollte schnellstmöglich beginnen, um eine breite öffentliche Debatte der Stadtgesellschaft über die Planungsziele zu ermöglichen. So kann ein Beteiligungsprozess organisiert werden, der modellhaft für die demokratische Einbeziehung der Stadtgesellschaft in Planungsprozesse sein kann.

**Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein solcher öffentlicher Mitbestimmungsprozess zur Festlegung der Planungsziele für das Gelände zeitnah auf den Weg gebracht wird?**

JA     NEIN     KEINE MEINUNG

Begründung:

Die Einbindung der Anwohner\*innen und Nutzer\*innen in die Entwicklung der Planungsziele im Rahmen einer breiten öffentlichen Debatte halten wir für sinnvoll. Die Festlegung des Mitbestimmungsumfangs sollte nicht losgelöst von der Etablierung eines Bürger\*innenforums geschehen (Siehe Antwort zu Frage 7). Deshalb lässt sich diese Frage nicht einfach mit JA oder NEIN beantworten.

## Ökologie, Klima und Verkehr

9. Das *Netzwerk Stadt für Alle* tritt dafür ein, dass der Appolonia-Pfaus-Park nicht verkleinert wird. Statt Teilflächen zu bebauen, wie es in der Planzeichnung des „städtebaulichen Gesamtkonzepts“ (Ratsbeschluss vom 16.11.2017) vorgesehen ist, sollte der Park belebt und für zusätzliche soziale und kulturelle Nutzungen geöffnet werden.

**Wollen Sie dafür Sorge tragen, dass es zu keiner Verkleinerung des Parks kommt?**

JA     NEIN     KEINE MEINUNG

Begründung:

10. Das *Netzwerk Stadt für Alle* hat vorgeschlagen, den Bochumer Innenstadtring umzubauen: Autoverkehr soll zukünftig nur noch einspurig stattfinden, und der gewonnene Platz soll für sichere Radwege genutzt werden.

**Unterstützen Sie den Vorschlag?**

JA     NEIN     KEINE MEINUNG

Begründung: Wir wollen drei Ziele am Innenstadtring erreichen: Fußwege barrierefrei, einen durchgängigen Radweg und ÖPNV steht nicht im Stau. Mit wie vielen Autospuren das realisierbar ist, wird ein Gutachten zeigen müssen.

**Sammelunterkünfte auflösen**

11. Nach wie vor leben in Bochum viele Geflüchtete in Sammelunterkünften. Dabei ist die eigene Wohnung neben der sozialen, kulturellen und politischen Partizipation ein Grundbedürfnis für ein menschenwürdiges Leben. In Zeiten von Corona können notwendige Abstands- und Hygieneregeln in Sammelunterkünften kaum eingehalten werden. Das *Netzwerk Stadt für Alle* fordert die Stadt Bochum auf, allen Geflüchteten, ein Leben in Wohnungen statt in engen Containern und anderen Massenunterkünften zu ermöglichen.

**Werden Sie sich für die regelhafte Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen statt in Sammelunterkünften einsetzen?**

JA     NEIN     KEINE MEINUNG

Begründung:

Von den derzeit knapp 2000 städtisch untergebrachten Menschen leben rund 650 in größeren Sammelunterkünften. Diese Zahl wollen wir soweit wie möglich reduzieren. Grundsätzlich wollen wir Menschen nicht dauerhaft in Sammelunterkünften sondern noch mehr in Wohnungen unterbringen. Ganz ohne Gemeinschaftsunterkünfte wird die Stadt jedoch nicht auskommen. Zum einen ist das Wohnungsangebot für diese Zielgruppe sehr überschaubar. Zum anderen lässt sich die Betreuung in bestimmten Fällen nur zentralisiert sicherstellen. Gleichzeitig gilt es eine gute soziale Durchmischung in den Stadtteilen aufrecht zu erhalten.